









Blended Intensive Programme (BIP) 2023

WEIßBUCH

"DIE ZUKUNFT VON EUROPA IN DER DONAUREGION. INTERNE UND EXTERNE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DEMOKRATIE UND RECHTSSTAAT"

Inhalt

- l. Einleitung
- Lerosion von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
- III. Europäische Öffentlichkeit und Medien
- IV. Geostrategische Herausforderungen
- V. Die EU als internationaler Akteur
- VI. Schlussfolgerungen

I. Einleitung

- Herausforderungen
 - Die EU steht sowohl von innen als auch außen unter Druck.
 - Der geopolitische Wettbewerb hat sich verschärft.
 - Die Vormachtstellung der Demokratie wird zunehmend in Frage gestellt.
 - Die Wettbewerbsfähigkeit der EU ist ungenügend.
 - Demokratie und Rechtstaatlichkeit in der EU erodieren.

II. Erosion von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

- Besorgniserregende Erosion der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie beobachtbare Autokratisierungsmomente
- Untergrabung der gemeinsamen (Grund-)Werte der Europäischen Union
- Zunehmendes Unter-Druck-Geraten von demokratischen Institutionen und rechtsstaatlicher Prinzipien

II. Erosion von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

- Minimallösung
 - Rechtsstaatsdefinition den einzelnen Mitgliedsstaaten überlassen
 - (Konfliktvermeidung und Respektieren der Souveränität der Mitgliedsstaaten)
- Erhalt des Status Quo
 - (unter bestehender Rechtsstaatsdefinition Artikel 7-Verfahren ausreizen und intensivieren)
- Neuer Konsens
 - Schaffen einer gesamteuropäischen Rechtsstaatsdefinition und Sicherstellen ihrer Einhaltung

II. Erosion von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

- Klare Rechtsstaatlichkeitsdefinition anhand der Kopenhagener Kriterien sowie klare Abgrenzung von Demokratie und Autokratie
- Etablieren eines Frühwarnsystems für Autokratierungsprozesse, um Erosionsaktivitäten frühzeitig erkennen zu können
- Ausbau von politischer Bildung
 - niedrigschwellige und breitgefächerte Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen in sozialen, europäischen und politischen Fragen
 - Förderung des interkulturellen Austauschs mit möglichst geringen Zugangsschwellen
- Verbessertes Kommunikationskonzept
 - Verschlanken der Kommunikationskanäle auf EU-Seite (vgl. EuroNews)
 - Förderung von Medienkooperationen zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten

- Desinformation, Hate Speech und Extremismus
 - Verbreitung von Fehlinformationen und Desinformation im digitalen Raum
 - Zunahme von Hate Speech und extremistischen Inhalten in den Medien
 - Güterabwägung zwischen Meinungsfreiheit und Schutz vor schädlichen Inhalten
- Pressefreiheit und Medienpluralismus
 - Bedrohung der Unabhängigkeit der Medien durch staatliche / private Einflüsse und Übergriffe auf Journalisten
 - Gefahr der Konzentration von Medienbesitz in wenigen Händen und Beeinflussung durch nicht europäische Staaten
- Digitale Plattformen und Regulierung
 - Herausforderungen bei der Regulierung großer Tech-Unternehmen und der Durchsetzung von Wettbewerbsregeln.
 - Datenschutz und Privatsphäre in der digitalen Medienlandschaft.

- Finanzierung und Geschäftsmodelle
 - Rückgang traditioneller Einnahmequellen für Medienunternehmen
 - Schaffung nachhaltiger digitaler Geschäftsmodelle
- EU-Medienförderung
 - Notwendigkeit, europäische Werte und Identität in den Medien zu fördern
 - Sicherstellung einer ausgewogenen Medienfinanzierung auf EU-Ebene
- Urheberrecht und geistiges Eigentum
 - Anpassung der Urheberrechtsregelungen an die digitale Ära
 - Konflikte zwischen Urhebern, Medienunternehmen und Plattformen

- Szenario I: Der "Status Quo" bleibt erhalten
 - Ansätze einer gemeinsamen europäischen Öffentlichkeit
 - Identitätsdiffusion europäischer Öffentlichkeit
 - Semi-heterogene Medienlandschaft
- Szenario II: Nationalstaatlicher Fokus
 - Scheitern europäischer Bemühungen
 - Rückgang europäischer Öffentlichkeit
 - Marktdominanz, Monopole und zunehmender nationalstaatlicher Einfluss
- Szenario III: Viel mehr gemeinsames Handeln
 - Förderung einer europäischen Öffentlichkeit
 - Förderung einer heterogenen, europäischen Medienlandschaft
 - Konsolidierung einer europäischen Identität

- Ausbau der europäischen Medienförderung auf der Entscheidungsgrundlage partizipativer
 Beteiligungsverfahren
- Gründung eines europäischen Medienrats und Zentralisierung der bisher bestehenden Ausschüsse und Fachgremien
- Etablierung eines "verschlankten" öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf europäischer Ebene
- Schaffen eines europäischen sozialen Netzwerks mit Fokus auf Interoperabilität
- Stärkung des europäischen Kartellrechts

IV. Geostrategische Herausforderungen

- Innere Herausforderungen
 - Misstrauen kleinerer Mitgliedstaaten
 - Erschwerte Entscheidungsfindung und Demokratiedefizit
- Herausforderungen nach außen
 - Beeinträchtigung der normativen Macht der EU durch stagnierende EU-Erweiterung
 - Zu wenig militärische Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten
 - Wirtschaftliche und militärische Abhängigkeiten von Großmächten

IV. Geostrategische Herausforderungen

- Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten
- Änderung der EU-Verträge
- Ausbau europäischer Austauschprogramme
- Ausbau einer EU-Armee zur Stärkung der Integration
- Autarkie in vulnerablen Bereichen
- Supranationales wirtschaftliches Auftreten

IV. Geostrategische Herausforderungen

- Handlungsempfehlungen für innere Herausforderungen
 - Bottom-up Ansatz f
 ür die F
 örderung des Austauschs zwischen EU-B
 ürger*innen und zur F
 örderung
 des Vertrauens in die EU
 - Stärkung des EU-Parlaments zur Überwindung des Demokratiedefizits
- Handlungsempfehlungen f
 ür Herausforderungen nach außen
 - Klarer Fahrplan zur Aufnahme weiterer Staaten
 - Vertiefte militärische Kooperation zwischen allen Mitgliedstaaten als Alternative zu bilateralen
 Abkommen
 - Gemeinsame Ressourcenbeschaffung
 - Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien

V. Die EU als internationaler Akteur

- Unterschiedliche integrationspolitische Leitbilder
 - Infragestellung der Akteursqualität der EU
- Intergouvernementalität in der Außenpolitik
 - Keine einheitliche Linie auf internationaler Ebene
 - Divergierende Interessen und Wertvorstellungen
 - Schwindende normative Macht
- Bedrohung durch Russland und Angriffskrieg auf die Ukraine
 - Unterschiedliche Einstellungen zur Unterstützung der Ukraine
 - Fehlender Konsens über die Ausgestaltung der Unterstützung der Ukraine
- Abhängigkeit von USA und NATO
 - Fehlende strategische Autonomie

V. Die EU als internationaler Akteur

- Stärkung der europäischen Integration durch Vertragsänderungen
 - Übertragung außenpolitischer Souveränität auf die EU-Ebene
 - Gründung einer europäischer Armee
- Stärkung der europäischen Integration im Rahmen der Verträge
 - Differenzierte Kompetenzstärkung der EU-Institutionen
- Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten
 - Koalition der Willigen in der Außen- und Verteidigungspolitik
 - Berücksichtigung geografischer und politischer Nähe
- Abbau von Supranationalität
 - Rückzug der EU aus internationalen Angelegenheiten

V. Die EU als internationaler Akteur

- Außenpolitische Richtlinienkompetenz des Hohen Vertreters gegenüber den Mitgliedsstaaten
- Schaffung eines europäischen Kommissars für Sicherheit und Verteidigung
- NATO-Beitritt des Akteurs EU
- Herabsetzung des Einstimmigkeitsprinzips in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik

VI. Schlussfolgerungen

- Konsens in der Gruppe: Für die Erreichung der Ziele ist mehr Integration notwendig mittels zweier Maßnahmenbündel:
 - Bestehende Kompetenzen sind auszuschöpfen;
 - bei weitergehenden Optionen ist die Notwendigkeit von Vertragsänderungen abzuklären sowie die Schaffung entsprechender Mehrheiten in die Wege zu leiten.